

213/2003

Stuttgart, den 27.08.2003

Müller-Maut gekippt

EU-Kommission eliminiert Minister Müllers Handschrift im Maut-Gesetz

Am 21. Mai 2003 hatte sich Verkehrsminister Müller als „Vorsitzender der Arbeitsgruppe LKW-Maut“ noch für seine Verhandlungsleistung gepriesen: „Die Union löst ein, was sie im Bundestagswahlkampf versprochen hat.“ Gemeint war die Entlastung des deutschen Speditionsgewerbes um 600 Mio. € durch Teilerstattung der Mautkosten, die von der Union im Vermittlungsausschuss durchgesetzt wurde. Bis zu deren Auszahlung verhandelte Müller eine Reduktion der Mauthöhe um 2,5 Cent.

Nach der Einigung der EU-Kommission mit der Bundesregierung über den Start der Maut, steht Müller nach Ansicht des verkehrspolitischen Sprecher der Grünen im Landtag, Boris Palmer, mit abgeschnitten Hosen da. „Müllers grandioser Verhandlungserfolg hätte beinahe die ganze Maut und damit das wichtigste Umweltprojekt auf der Straße gestoppt. Sein Kampf um möglichst viel Geld für die Brummis war umweltpolitisch von Anfang verfehlt. Nun hat sich der Erfolg sogar als Pyrrhus-Sieg erwiesen, der dem heimischen Speditionsgewerbe schadet statt zu nützen. Dafür muss der Staat dank Müller auf 20% der Mauteinnahmen verzichten, die dringend gebraucht würden. Glückwunsch, Herr Minister!“

Wie falsch Müllers Verhandlungsstrategie war, lässt sich laut Palmer auch daran ablesen, dass die Union mit dem Minister an der Spitze darauf drängte, das Mautermäßigungsverfahren vorrangig zu verfolgen. Dieses Verfahren, bei dem deutsche Spediteure einen Teil der Maut direkt erstattet bekommen sollen, wird von der EU-Kommission im Hinblick auf das Wettbewerbsrecht besonders kritisch betrachtet. „Müller hat genau auf das Verfahren gepocht, das die wenigsten Chancen auf Genehmigung durch die EU hatte. Er ist damit hauptverantwortlich für das Veto der Kommission.“

Palmer fordert den Minister auf, von seinen Forderungen abzurücken und im Bundesrat den Weg für eine sinnvolle Kompensation der deutschen Speditionen frei zu machen. „Das Problem ist ganz einfach: Die von Müller verhandelte Summe von 600 Mio. € Kompensation pro Jahr ist so groß, dass nur das Mautermäßigungsverfahren genügend Volumen bringt. Die von den Grünen bevorzugten, umweltfreundlicheren Alternativen, nämlich Absenkung der Kfz-Steuer für schwere LKW auf das europäische Mindestniveau und ein Förderprogramm für die Anschaffung umweltfreundlicher LKW bringen höchstens die Hälfte. Darauf muss Müller sich nun einlassen, sonst gehen die deutschen Spediteure gänzlich leer aus.“